

Beschluss der LDK Melle am 18. November 2006-11-20

Verbesserung des NichtraucherInnenschutzes

Die Grünen in Niedersachsen fordern:

Ein umfassendes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden und der Gastronomie muß Ziel aller Bemühungen zum NichtraucherInnen-Schutz werden. Ein besonderer Schutz gebührt dabei Kindern und Jugendlichen.

Dabei ist zu beachten:

Eine Politik, die es nur bei Verboten belässt, wird ihrer Verantwortung nicht gerecht. Schulen und Lehrkräfte, Eltern und Arbeitgeber dürfen in dieser Frage nicht allein gelassen werden. Die niedersächsischen Grünen begrüßen die Bemühungen um einen verbesserten Schutz der NichtraucherInnen an den niedersächsischen Schulen. Auch wenn es in der Umsetzung an einigen Schulen zu Anfang noch Schwierigkeiten gibt, sollten diese nicht zur Rücknahme oder Einschränkung der Initiative führen.

Aufklärung und Prävention sind geeignete Instrumentarien, um Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schule vor dem Einstieg in eine RaucherInnen-Karriere zu schützen. Diese Bemühungen gilt es zu stärken!

Die niedersächsischen Grünen fordern deshalb eine Reihe von Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene:

1. Verstärkter Druck auf die Landesregierung, über die Gefahren des Rauchens in den Schulen effektiver aufzuklären. Bessere Unterstützung der Arbeit der Niedersächsischen Landesstelle Jugendschutz, der Niedersächsischen Landesstelle gegen Suchtgefahren und der regionalen Suchtberatungsstellen, die im Rahmen von Positivkampagnen wie „Rauchfrei in Niedersachsen“ schon gute Arbeit leisten.
2. Beseitigung aller Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit, wo die Abgabe von Tabakwaren an Personen unter 16 Jahren nicht kontrolliert werden kann, mindestens aber im Nahbereich von Schulen und Jugendeinrichtungen!
Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre.
3. Durchsetzung des NichtraucherInnenschutzes in öffentlichen Einrichtungen mit dem Ziel: Rauchfreie Krankenhäuser, Rathäuser, Gerichte, Arbeitsagenturen, Theater, Schwimmbäder, Stadien, Sportarenen, Bahnhöfe Haltestellen, usw.!
4. Das Rauchen in Gegenwart von Kindern muß mit entsprechenden Verboten belegt werden und auch für Eltern gelten. Hierfür ist die juristische Machbarkeit sorgfältig zu prüfen. Aufklärungskampagnen sollen helfen, auf das Rauchen im Beisein der Kinder vor allem im PKW und in geschlossenen Räumen aber auch der Vorbildfunktion wegen zu verzichten!
5. Einhaltung und Kontrolle der bestehenden Bestimmungen über den Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz, der nicht vom Wohlwollen von Vorgesetzten oder der Courage von Auszubildenden abhängig sein darf!
6. Die Einführung eines gesetzlichen Rauchverbotes in der Gastronomie!
7. Rücknahme der Klage der Bundesrepublik Deutschland gegen das Tabak- Werbeverbot der Europäischen Union und Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie!
8. Anhebung der Steuersätze für Volumentabake/Feinschnitt, Pfeifentabak, Zigarren/Zigarillos und Schnupf- und Kautabake zum 01.01.2007! Harmonisierung der Steuersätze für Tabakwaren innerhalb der EU.
9. Beschleunigte Umsetzung der Streichung der Subventionierung von Tabakanbau in der EU!

10. Ausbau von Entwöhnungsbehandlungen und Entwöhnungshilfen für Raucherinnen und Raucher durch die Krankenkassen in Verbindung mit den Trägern der Suchtkrankenhilfe
11. Verzicht auf Rauchen in Veranstaltungen aller Gremien, Sitzungen und Veranstaltungen von Bündnis 90/Die Grünen!
12. Verzicht auf Rauchen in den Räumen der Grünen (Geschäftsstellen, Fraktionsräume)!

Begründung:

RaucherInnen sollen nicht bestraft werden, sondern NichtraucherInnen müssen geschützt werden. Das Einstiegsalter von Kindern und Jugendlichen in die Nikotinsucht sinkt kontinuierlich. Aktuell liegt es durchschnittlich bei 13,7 Jahren. Während in der Altersgruppe der 18-59-jährigen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, steigt der Anteil rauchender Jugendlicher nach wie vor deutlich an: Aktuell rauchen 21% der 12-15-jährigen Mädchen und 18% der gleichaltrigen Jungen.

Die negativen gesundheitlichen Folgen des Rauchens sind gravierend: Jährlich **über 100.000 Todesfälle in Deutschland lassen** sich eindeutig auf das Rauchen zurückführen. Rauchen verkürzt die statistische Lebenserwartung um 5-7 Jahre. Ebenso gravierend sind die Folgen des Passiv-Rauchens: Das Lungenkrebsrisiko von PassivraucherInnen steigt um das 2,4 fache.

Etwa **3300 Nichtraucher sind 2005 in Deutschland an den Folgen des Passivrauchens gestorben**, darunter ca. 200 Kleinkinder, die Zuhause zu Tode gekommen sind. Gerade diese Zahlen sind äußerst erschreckend. Es geht also nicht um die Beschneidung der freien Persönlichkeitsentfaltung von RaucherInnen, sondern um die **Rechte Dritter**, um den Schutz der Lebensumstände von NichtraucherInnen und besonders Kindern!

Niemand kann und sollte von der Politik zu einem gesünderen Leben gezwungen werden, aber allein mit dem 'Recht auf Sucht' ist das Verhalten vieler Raucher nicht zu rechtfertigen. **Politik soll nicht Suchterkrankte bestrafen, sondern dafür Sorge tragen, daß sie etwas gegen die Sucht unternehmen.** Gleichwohl ist es eine wichtige pädagogische Aufgabe, Kinder und Jugendliche vor einer oft lang anhaltenden Nikotinsucht zu schützen. Das Rauchverbot an Schulen und in Ausbildungsstätten, dem selbstverständlich auch Lehrkräfte und Auszubildende im Rahmen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden müssen, ist ein wichtiger Schritt.

Darüber hinaus ist es notwendig, NichtraucherInnen wirksam vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen. Die massive Gefährdung des Personals in der Gastronomie, die nach aktuellen medizinischen Studien in jedem anderen Beruf Atemschutzmaßnahmen verlangen würde, zwingt uns zu sofortigem Handeln.

Generelle Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen sowie in der Gastronomie sind die einzige geeignete Lösung.

Umsatzverluste in der Gastronomie-Branche sind dabei kaum zu erwarten, da die Mehrheit der NichtraucherInnen wieder unbelästigt Gast sein kann.

Eine Politik, die es ausschließlich bei Verboten belässt, greift jedoch deutlich zu kurz. Gleichzeitig müssen Präventionskampagnen, etwa durch die Niedersächsische Landesstelle gegen Suchtgefahren verstärkt werden. Die Landesstelle und ebenso die regionalen Suchtberatungsstellen müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihrer wichtigen Präventionsaufgabe gerecht werden können.

Millionenschwere Werbekampagnen der Tabakindustrie stehen allen staatlichen Bemühungen zur Rauchprävention entgegen. Ein „Wettrüsten“ bei den Werbeetats zwischen staatlichen Präventions- und Aufklärungsbemühungen einerseits und der Tabakindustrie andererseits ist eine sinnlose Verschwendung von Steuermitteln. Dem ist durch ein **EU-weites Tabakwerbeverbot** entgegen zu treten.

Bündnisgrüne Organe, Gremien und Arbeitgeber sollten für eigene Räumlichkeiten und Veranstaltungsorte mit diesem generellen Rauchverbot einen Schritt in die richtige Richtung machen und klare gesellschaftliche und politische Initiative zeigen.